

ai-Fastenbrief6_2019: Philippinen – Frau Maria Ressa – Journalistin erneut festgenommen – HINTERGRUNDINFORMATIONEN

(aus: Amnesty Urgent Action UA-020/2019-1 vom 01.04.2019)

Am 29. März 2019 nahmen Polizeibeamt_innen aus Pasig City im Großraum Manila Maria Ressa am Internationalen Flughafen Ninoy Aquino in Pasay City, ebenfalls Manila, fest. Ihr wurde vorgeworfen, gegen das Anti-Dummy-Gesetz verstoßen zu haben. Gegen die/den geschäftsführende_n Herausgeber_in und fünf weitere Mitglieder des Vorstands von *Rappler* wurde ebenfalls Anklage erhoben. Die sechs Mitangeklagten hinterlegten jeweils am 27. März 2019 eine Kautionshöhe in derselben Höhe wie Maria Ressa (90.000 philippinische Pesos, umgerechnet über 1500 Euro), noch ehe Haftbefehle gegen sie ausgestellt wurden.

Die Nationale Ermittlungsbehörde der Philippinen erhob Anklage gegen Maria Ressa und die anderen leitenden *Rappler*-Angestellten mit der Begründung, sie hätten gegen das sogenannte Anti-Dummy-Law verstoßen, indem sie mithilfe eines Finanzinstruments, das es Ausländer_innen ermöglicht, in philippinische Firmen zu investieren, Gelder der international operierenden Gesellschaft Omidyar Network erhalten hätten.

Sieben Strafverfahren sind seit Januar 2018 gegen Maria Ressa eröffnet worden. Damals hatte die Philippinische Behörde für Wertpapiere und Währungsfragen (Philippine Securities and Exchange Commission) versucht, *Rappler* zu schließen. Gegen die Website *Rappler*, ihre Leitung und die Belegschaft sind insgesamt elf Strafverfahren anhängig.

Am 24. Juli 2017 behauptete Präsident Rodrigo Duterte in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation, die Inhaber_innen von *Rappler* kämen aus dem Ausland. Er implizierte damit, die Nachrichtenwebsite würde gegen die Verfassung verstoßen, nach der Medienplattformen nicht durch Auslandsbeteiligung finanziert werden dürfen. In den folgenden Wochen wiederholte er diesen Vorwurf. Im Januar 2018 entzog die philippinische Börsenaufsichtsbehörde *Rappler* vorübergehend die Zulassung. Die Begründung lautete, *Rappler* habe gegen die Regelungen über ausländische Beteiligung verstoßen. Im Februar 2018 hat Präsident Rodrigo Duterte laut seinem Sprecher angeordnet, sein Sicherheitspersonal solle der *Rappler*-Reporterin Pia Ranada und der Chefredakteurin Maria Ressa den Zugang zum Präsidentenpalast verwehren.

Im Dezember 2018 erging ein Haftbefehl gegen Maria Ressa. Maria Ressa und *Rappler Holdings*, dessen Präsidentin sie ist, wurden wegen Verletzung der Steuergesetze von 2015 angeklagt. Die Anklage stand damit in Verbindung, dass sie Geldmittel über *Philippine Depositary Receipts* (PDR) erhalten hatten. Mithilfe von PDR können ausländische Investor_innen in philippinische Firmen investieren, ohne „Stakeholder“, also Beteiligte, zu werden. Anfang Februar 2019 eröffnete das Justizministerium ein Strafverfahren gegen Maria Ressa und einen ehemaligen *Rappler*-Reporter wegen „Online-Verleumdung“. Das Ministerium handelte auf Grundlage einer Beschwerde von einem Geschäftsmann, der einen Artikel von 2012 beanstandete. Der Artikel war Monate, bevor das betreffende Gesetz zur Cyberkriminalität verabschiedet wurde, veröffentlicht worden. Maria Ressa wurde am Abend des 13. Februar 2019 festgenommen, als keine Kautionsmehr beantragt werden konnte. Die Behörden konnten sie daher über Nacht in Gewahrsam halten. An diesem Abend sollte Maria Ressa eine Rede zur Pressefreiheit halten. Am folgenden Morgen hinterlegte sie die erforderliche Kautionssumme und bezeichnete die Anklagen als „Machtmissbrauch“ und sagte, damit würde „das Gesetz zur einer Waffe gemacht“.

Die Schikane gegen Maria Ressa ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die Regierung Duterte ihre lautesten Kritiker_innen mit politisch motivierten Strafverfahren aussondert. Im Februar 2017 wurde die Senatorin Leila de Lima aufgrund politisch motivierter Anschuldigungen festgenommen und inhaftiert. Leila de Lima ist ebenfalls eine führende Kritikerin des „Kampfs gegen Drogen“. Sie befindet sich nun seit mehr als zwei Jahren in Haft.